



Arbeitsprogramm der LSV NRW für die Legislaturperiode 2021/22

0. Einleitung

Viele Menschen sind aus ideologischen Gründen nach wie vor der Meinung, dass jeder Mensch "seines*ihres eigenen Glückes Schmied" sei. Mit genug Fleiß in der Schule, so denken viele, könnte jeder Mensch zu wirtschaftlichem Erfolg gelangen. Diese Behauptung ist jedoch falsch (Pisa Studie 2018): In keinem OECD-Land ist der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg so stark wie in der BRD. Unsere Bildungslandschaft ist geprägt von Erwartungen, Leistungsdruck, Konkurrenz und im Ergebnis Stress - seien es die von der Gesellschaft in der wir leben, die von der Familie oder sogar von Freund*innen. In der Schule werden Menschen gegeneinander ausgespielt, sie werden dazu erzogen zu akzeptieren, zu folgen und das zu tun, was man ihnen sagt. Dabei sind die Chancen auf Erfolg in diesem System jenen vorbehalten, die jene Begabungen mitbringen, die in den Lehrplänen zu finden sind, oder jenen, die durch ihr Elternhaus bestimmte ökonomische Voraussetzungen mitbringen, um sich im Sinne der Ellenbogengesellschaft in der Schule durchzusetzen und nicht ausgesiebt zu werden. Denn die Schule dient nicht den Schüler*innen, sondern ist ein in einem kapitalistischen System notwendiges Instrument zur Rekrutierung der Ware Arbeitskraft. Die Ware Schüler*in trägt so in NRW aktuell (2017) ein Preisschild von ca. 6400 €.

Anstatt die Bildung dem Hauptziel der wirtschaftlichen Verwertbarkeit unterzuordnen, vertritt die Landeschüler*innenvertretung NRW die Auffassung, dass das höchste Ziel von Bildung die Entfaltung eines Individuums sein muss; also die Entdeckung persönlicher Begabungen, Fähigkeiten, Schwächen und die Entwicklung eigener Werte und eines kritischen Bewusstseins.

1. Schule im Kontext Gesellschaft - wie sie war und ist

I. Funktion von Schule im Laufe der Zeit

Was Schule ist, was sie leisten soll und welche Aufgaben ihr in unserer heutigen Gesellschaft zukommen, ist heute klar festgeschrieben. Ein BRD-Lexikon definiert Schule wie folgt: "[...] Einrichtung u. Gebäude zur Erteilung eines planmäßigen Unterrichts an Kinder und Jugendliche, zur Vermittlung von Wissen, das zur Ausführung wissenschaftlicher, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Tätigkeiten befähigen soll [...]". Doch das war nicht immer so:

Der Begriff "Schule" lässt sich bis in die griechische Antike zurückverfolgen, in der Platon die erste Schule gründete. Diese Schule war ein Ort der Selbstbildung. Die Schule hatte also nicht die Funktion, Menschen einer Norm entsprechend auszubilden, um sie für wirtschaftliche Zwecke nutzbar zu machen, sondern einen Rahmen zu bieten, in dem sich die (wenigen, privilegierten, männlichen) Individuen, die in der damaligen Zeit überhaupt

eine derartige "Schule" besuchen konnten, gemäß ihren persönlichen Voraussetzungen entfalten und zu einem mündigen Mitglied der Gesellschaft werden konnten. Dem gegenübergestellt werden kann die Bildung in Preußen oder später im deutschen Kaiserreich. Nach einigen Jahren der Entwicklung hatte sich der ursprüngliche Begriff der Schule im Zusammenhang mit der Antike gewandelt: Schule diente nicht mehr dem Selbstzweck der Persönlichkeitsentfaltung. Die Schule sollte gefügte Untertanen produzieren, die für die Zwecke der Herrschenden verwendbar waren. Später wurde die Schule zu einem Instrument der mit der industriellen Revolution aufkommenden neuen Wirtschaftsordnung, dem Kapitalismus. Schule hatte die Aufgabe, Menschen elementare Kenntnisse und auch die (Selbst-)Disziplin zu vermitteln, die für die Arbeit in der Industrie notwendig waren. Die allgemeine Schulpflicht war also auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit, was sich bis heute nicht geändert hat.

II. Schule heute

Bevor wir hier auf die aktuelle Situation der Schule eingehen, soll eine kurze theoretisch-abstrakte Darstellung der gesellschaftlichen Funktionen von Schule eine Grundlage schaffen, um weitere Ausführungen in einen Zusammenhang zu systemischen Problemen zu stellen:

Helmut Fend (Pädagogikprofessor und Sozialisationsforscher) beschreibt in seinem Buch "Neue Theorie der Schule" (2008) vier Funktionen, die die Schule in einem kapitalistischen System charakterisieren:

1. Kulturelle Reproduktion:

Die Schule vermittelt den Schüler*innen kulturelle Güter, wie Werte, Sprache, Religion oder auf den entsprechenden Kulturkreis bezogene Symbole. So werden die Schüler*innen an eine bestimmte Kultur, in der sie leben, angepasst und entwickeln ein Zugehörigkeitsgefühl.

2. Qualifikation:

Entsprechend der Notwendigkeit, in der Gesellschaft zu arbeiten, vermittelt die Schule den Schüler*innen elementare Fähigkeiten, die zur späteren Arbeit in den bestehenden Produktionsverhältnissen gebraucht werden.

3. Allokation oder Segregation:

Die Schule erfüllt die Funktion, Schüler*innen zu segregieren, in unterschiedliche Gruppen zu teilen und somit durch die Art (den Grad) der Bildung einen Lebensweg bzw. eine berufliche Tätigkeit vorzubestimmen. Wohin man sortiert wird, so zeigt es empirische Forschung, ist in den meisten Fällen von den sozialen und vor allem sozioökonomischen Hintergründen der Schüler*innen abhängig. Die Schule reproduziert also die in der Gesellschaft bestehenden Sozialstrukturen und bestärkt diese.

4. Integration und Legitimation:

In der Schule lernen Schüler*innen, dass die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, das kapitalistische Wirtschaftssystem und die Art, wie wir in diesem Land leben, legitim und richtig ist. Auf subtile Weise werden Schüler*innen so dazu erzogen, bestehende Zustände anzuerkennen und hinzunehmen, gleichzeitig werden sie ein Teil von ihnen. Kritisches und freies Denken, das zu einem Anzweifeln oder zu der Ansicht führen kann, grundlegende Veränderungen an den bestehenden Verhältnissen anzustreben, ist nicht das Ziel der Schule.

Vor dem Hintergrund dieser Funktionen der Schule gegenüber der Gesellschaft lässt sich folgende Schlussfolgerung ziehen:

Die Schule dient dem Erhalt der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Dies tut sie, indem sie soziale Schichten - und damit eine soziale Spaltung - reproduziert

und verstärkt, Schüler*innen dazu erzieht, ein kapitalistisches System und eine damit verbundene Klassengesellschaft als legitim und unveränderlich anzuerkennen und indem sie die Schüler*innen für den Arbeitsmarkt qualifiziert.

Das Schulsystem hat es nicht zum Ziel, Schüler*innen zu mündigen Bürger*innen zu bilden oder die Selbstentfaltung zu ermöglichen. Schüler*innen sollen in das bestehende System eingegliedert werden und im Sinne der profitorientierten Produktion zu einer verwertbaren Arbeitskraft ausgebildet werden.

III. Schule und Demokratie

Im Sinne des oben Geschriebenen findet in der Schule zwar eine kritische Auseinandersetzung mit Themen statt, wie kritisch diese zu sein hat, ist jedoch vorbestimmt. So gibt es immer einen vorbestimmten Rahmen, innerhalb dessen Menschen in der Schule (aber auch an anderen Stellen in der Gesellschaft) lernen, kritisch zu denken. Wer aus diesem Rahmen ausbricht und weiterdenkt, wird zurückgepfiffen. Demnach ist es okay, wenn man im Biologieunterricht feststellt, dass die globale Erderwärmung schlecht ist. Es ist okay zu erkennen, dass es umweltschädlich ist, wenn eine Gesellschaft viel Plastikmüll produziert. Wer aber weiter denkt und erkennt, dass die Klimakrise ein Symptom eines viel größeren Problems ist, wird ausgebremst und belächelt. Die Klimakrise ist eine Nebenwirkung der bestehenden (kapitalistischen) Weltordnung. Eine kritische Bildung käme also zu dem Schluss, dass nicht Plastiktüten, sondern das wirtschaftliche System selbst das Problem darstellt.

Das kann die Schule jedoch nicht vermitteln. Denn die ökonomischen Verhältnisse sind maßgebend für die bestehende Gesellschaft, so wie frühere, andere ökonomische Strukturen frühere, andere Gesellschaften bedingt haben.

Hieraus ergibt sich also, dass die gesamte gesellschaftliche Struktur, die Politik, die gesellschaftlichen Werte und auch die Schule eine ökonomisch notwendige Funktion erfüllen. Entsprechend sind aber auch Politik, Schule und die ganze Gesellschaft in ihrer bestehenden Form abhängig von den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen.

Aus dieser Abhängigkeit ergibt sich, dass die Gesellschaft, die Politik und auch die Schule nicht die Freiheit haben, unabhängig vom kapitalistischen Wirtschaftssystem zu agieren und sich zu entwickeln, wie es in einem demokratischen System sein sollte. Ihre Handlungsfreiheit wird durch ihre Abhängigkeit bzw. ihre Aufgabe gegenüber der Ökonomie beschränkt.

Das bedeutet konkret: Die Schule ist ein Ort, an dem Arbeitskräfte ausgebildet werden, denn die Rekrutierung von Arbeitskräften ist wirtschaftlich notwendig. Dazu kommt, dass dieses "Humankapital" neben seiner Qualifikation für die Arbeit auch noch andere Eigenschaften benötigt, damit der Fortbestand des bestehenden Systems und der Gesellschaft gesichert wird - diese Grundfunktionen der Schule wurden weiter oben bereits beschrieben.

Würde die Schule grundlegend umgestaltet werden, sodass sie Menschen dazu bringt, die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst zu hinterfragen und gegebenenfalls infrage zu stellen, dann würde das die bestehenden ökonomischen Verhältnisse bedrohen.

Anders gesagt: Die bestehenden Produktionsverhältnisse lassen keine wesentliche Veränderung der Schule zu.

Ein Beispiel: Möglichkeiten und Grenzen des Klimaschutzes: Klimaschutz in einer Welt konkurrierender Nationalökonomien

Ein gutes Beispiel ist an dieser Stelle die Fridays for Future (FfF) Bewegung. Der eine Teil der Schüler*innenbewegung hat grundlegend das Problem bei der aktuellen

Klimaschutzpolitik erkannt und protestiert gegen die ökonomischen Zwänge, welche die Klimakrise hervorgebracht haben. Der andere Teil stellt sich jedoch kurzsichtig gegen die antikapitalistischen Forderungen ihrer Mitstreiter*innen und fordert von der Politik den nötigen Umweltschutz, in dem (falschen) Glauben, dass diese die Macht hätte, den nötigen Klimaschutz durchzusetzen.

Das Problem ist, dass in einer Welt, die nach wie vor in Nationalstaaten aufgeteilt ist, eine internationale Verständigung auf Klimaschutzmaßnahmen durch die Interessen der einzelnen Staaten bzw. der Industrien dieser Staaten unmöglich ist. Während z.B. der eine Staat den Ausstieg aus einer auf Öl basierenden Produktion fordert, weil es dort keine Automobil- oder Chemieindustrie gibt, tut ein anderer Staat alles, um die "eigene" Automobilindustrie zu unterstützen, beispielsweise indem er strenge CO2-Vorgaben verhindert. Die internationale Konkurrenz lässt es nicht zu, dass Staaten "im Alleingang" mit effizienter Klimaschutzpolitik beginnen - es sei denn, der Schaden ist so groß, dass doch Maßnahmen ergriffen werden, wie es z.B. beim Verbot krebserregender Chemikalien der Fall sein kann. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der Druck auf der Straße und aus der Bevölkerung so groß ist, dass er den Einfluss von Lobbyisten übertrifft und die Politiker*innen zugleich um ihre Wiederwahl fürchten müssen.

Ähnlich wie den Politiker*innen geht es auch den einzelnen Kapitalist*innen: Wenn sich ein Unternehmen an strengen sozialen und Umweltschutzstandards orientiert, dann läuft es Gefahr, im Konkurrenzkampf zu verlieren - es sei denn, es findet als Kund*innen eine zahlungskräftige Klientel, die es sich leisten kann, z.B. "fair trade" oder "bio" zu konsumieren. Wenn dabei die Gewinnspanne auch noch wächst, dann wird das Unternehmen weiter investieren, ansonsten wird es die Standards senken. Auch Kapitalist*innen bzw. Unternehmen können nicht frei über ihr Eigentum und die Produktion verfügen, denn sie sind an die Logik der kapitalistischen Produktion gebunden, sie müssen profitorientiert wirtschaften, um auf dem freien Markt zu überleben.

Umgang der Politik mit einer Schüler*innenbewegung: If you can't beat them, join them

Zunächst erfuhr die FfF-Bewegung Ablehnung: Armin Laschet, Horst Seehofer, Christian Lindner, Paul Ziemiak, Yvonne Gebauer, Markus Söder, Karsten Hilse, Winfried Kretschmann und viele weitere Politiker*innen stellten die demonstrierenden Schüler*innen als schulschwänzende Kinder hin; ein Versuch, den politischen Kampf oppositioneller und systemkritischer Kräfte in der Öffentlichkeit als das Gejammer unreifer Kinder zu diffamieren. "Die Schüler*innen sollen doch in ihrer Freizeit demonstrieren" und den Klimaschutz "den Profis" überlassen, hieß es oft. Damit meinten aber die Politiker*innen nicht die Wissenschaftler*innen, sondern sich selbst. Genau diejenigen, die seit Jahrzehnten keine effektive Klimaschutzpolitik betrieben haben, sondern alle Maßnahmen den Bedürfnissen der Konzerne unterordnen.

Nachdem diese Taktik öffentliche Ablehnung erfahren hatte, griffen die "demokratischen" Politiker*innen zu anderen Werkzeugen, um den Widerstand gegen die aktuellen (klimaschädlichen) Verhältnisse zu brechen.

So erfuhr die FfF-Bewegung mit einem Mal die Wertschätzung einer überwältigenden Anzahl von Politiker*innen. Als würde man den Schüler*innen auf den Straßen zuhören, wurden auf einmal Trinkhalme aus Plastik verboten und sämtliche Unternehmen zeigten sich in neuen Werbespots von ihrer "grünsten" Seite. Dennoch hörte weder das weltweite ständige Wirtschaftswachstum auf, noch wurde die globale Produktion klimafreundlich gestaltet. Stattdessen verabschiedete die Bundesregierung ein "Klimapaket", das inhaltlich

das Recyclingpapier nicht wert war, auf dem es gedruckt wurde. Es erfüllte nicht einmal die Forderungen der FfF-Bewegung. Dabei sind diese Forderungen lediglich eine Form der Symptombekämpfung.

Das Klimapaket war reine Öffentlichkeitsarbeit, ein politisches Werkzeug der vermeintlichen "Klimaschützer*innen" in der Politik, um der FfF-Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem so getan wird, als würde das Problem der Erderwärmung nun endlich angegangen.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die Politik diese Situation nicht ändern möchte. Weder die Schule noch die Gesellschaft können in der bestehenden Form besonders demokratisch sein. Es hat sich sogar gezeigt, dass eine tatsächliche demokratische Kontrolle der Gesellschaft durch die Mehrheit der Bevölkerung eines Landes nicht möglich ist bzw. nur möglich ist, solange sich diese Demokratie in einem ökonomisch duldbaren Rahmen hält und die Interessen großer Konzerne und Banken nicht gefährdet, wie in unserem Beispiel erklärt.

Eine weitere bedeutende und nachhaltig prägende Entwicklung der letzten Zeit ist die Corona-Krise. Das anfangs von vielen Menschen und Regierungen unterschätzte Virus breitete sich schnell in der Welt und auch in Deutschland aus. NRW war hier neben anderen Bundesländern besonders stark betroffen.

Die schnell steigenden Infektionszahlen im März und April des Jahres 2020 machten es erforderlich, das gesamte öffentliche Leben herunterzufahren. Grundrechte wurden eingeschränkt, so wurden Schulen geschlossen und für viele Menschen in Deutschland begann eine Zeit der sozialen Isolation. Wegen ausfallender Betreuungsangebote, ungenügender Wirtschaftshilfen für kleine Gewerbe und anderer Folgen der Corona Krise gerieten viele Menschen wirtschaftlich in Bedrängnis, waren gezwungen, am oder unter dem Existenzminimum zu leben. Am stärksten wurden durch diese wirtschaftlichen Probleme Menschen getroffen, die ohnehin schon wenig Geld hatten, beispielsweise strukturell benachteiligt sind, wie Alleinerziehende.

Diese Tatsache spiegelt sich auch in Statistiken aus der Corona-Zeit wieder. Der Anstieg von häuslicher Gewalt ist so bei Menschen, die unter wirtschaftlichem Stress leiden, größer als bei wohlhabenden Menschen, die finanziell abgesichert sind.

Neben diesen Problemen ergaben sich jedoch auch schulische Herausforderungen im Bezug auf Schulabschlüsse und die Prüfungsvorbereitungen aller Schüler*innen.

Angesichts großer Herausforderungen mussten schnell politische Entscheidungen getroffen werden. Jedoch zeigte sich ebenso schnell, dass die Politik auch in der Corona-Krise Entscheidungen getroffen hat, die vor allem der Aufrechterhaltung der Wirtschaft gedient haben und weniger den Bedürfnissen der Menschen. Zwar waren viele politische Entscheidungen richtig und notwendig. Dennoch lässt sich bei einer differenzierten Betrachtung der Politik in der Krise jener rote Faden wiedererkennen, der die Politik seit jeher ausgemacht hat, wenn wirtschaftlich notwendige Abschlüsse stattfinden müssen, obwohl sich viele Schüler*innen nicht richtig auf die Prüfungen vorbereiten konnten und immer noch ein Gesundheitsrisiko besteht, wie die regionalen Infektionsgeschehen in den Sommerferien gezeigt haben.

Vor diesem Hintergrund lässt sich klar sagen, dass die Stilllegung des öffentlichen Lebens zwar im Interesse der Menschen war, aber dennoch auch aus wirtschaftlicher Notwendigkeit geschah. Denn die Corona-Krise betrifft auch die Wirtschaft. Eine effektive Bekämpfung der Krise bedeutet auch, dass wirtschaftliche Prozesse, die in der Krise erschlaffen, schneller wieder aufgenommen werden können. Je länger Schulen geschlossen bleiben müssen, um

so länger wird die notwendige Ausbildung von Arbeitskräften verzögert und Eltern, denen Betreuungsangebote fehlen, können nicht zur Arbeit.

Daraus ergibt sich die logische Konsequenz, dass der Staat auch bei der Bekämpfung der Corona-Krise ökonomische Interessen berücksichtigt.

Auch wenn einzelne Maßnahmen der Politik zur Bekämpfung des Coronavirus wie stringente Maßnahmen für das Gemeinwohl wirken, so stehen häufig auch wirtschaftliche Gründe hinter einer Entscheidung. Das zeigte sich insbesondere in der verfrühten Öffnung der Schulen in Nordrhein-Westfalen und den restlichen Ländern. Anstatt den Bevölkerungsschutz, der sich direkt aus dem Menschenwürdegrundsatz des Artikel 1 des Grundgesetzes ableiten lässt, zu gewährleisten, gefährdete die Politik bewusst Millionen Schüler*innen, deren Eltern und deren Großeltern und Lehrer*innen - und das alles nur der Wirtschaft zuliebe? An dieser Stelle ist einzuwerfen, dass der monatelange Unterrichtsstopp auch für den Lernerfolg sowie die psychische Gesundheit der Schüler*innen katastrophal war. Ein Unterrichtsstart war also auch aus dieser Perspektive zunächst angebracht. Betrachtet man die Schule nun aber als das, was sie ist, als Fabrik für Arbeitskräfte, so wird klar, dass der einzige legitime Grund einer Schulöffnung die psychische Gesundheit der Schüler*innen ist. Die psychische Gesundheit der Schüler*innen stand jedoch nie im Mittelpunkt der Politik. "Die Würde des Menschen hin oder her, wir brauchen Abschlussprüfungen" - eine treffende Zusammenfassung der Entscheidung der Politik, Abschlussprüfungen normal stattfinden zu lassen. Spätestens an dieser Entscheidung zeigt sich, dass die Politik die psychische Gesundheit der Schüler*innen mit Füßen trat, anstatt die gesundheitlichen Probleme ernst zu nehmen. Die einzigen Interessen, die - wiederum - wahrgenommen wurden, waren die der Wirtschaft.

IV. Das mehrgliedrige Schulsystem

Wie schon erwähnt, besteht in dieser Gesellschaft eine massive materielle Ungleichheit, die den Ursprung für Hierarchien zwischen Menschen bildet. Dabei ist die Ungleichheit zwischen den Menschen kein Naturgesetz. Die Ungleichheit in Form ungerechter Verteilung von Reichtum auf der Welt ist eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Es ergibt sich also, dass eine kapitalistische Gesellschaft immer eine Klassengesellschaft sein muss und damit eine klassistische Gesellschaft, in der Menschen aufgrund materieller Unterschiede des Eigentums auf unterschiedlichen Ebenen diskriminiert werden. Allgemein wird auch von der sogenannten - oft zum Naturgesetz erklärten - "Schere" zwischen Arm und Reich gesprochen.

Das Schulsystem in NRW fördert den Erhalt der materiellen Ungerechtigkeit. Dafür nutzt es vor allem unterschiedliche (weiterführende) Schulformen.

Es wird oft behauptet, dass die unterschiedlichen Schulformen dem Zweck dienen würden, den unterschiedlichen Begabungen der Schüler*innen gerecht zu werden. Bei näherer Betrachtung offenbart sich jedoch, dass das mehrgliedrige Schulsystem Schüler*innen nicht nach kognitiven, körperlichen oder seelischen Fähigkeiten, sondern primär gemäß ihren unterschiedlich gegebenen Chancen sortiert. Beispielsweise werden Schüler*innen aus sozialen Brennpunkten gemeinsam mit anderen Schüler*innen aus ähnlichen sozialen Verhältnissen auf Real- oder Hauptschulen sortiert, sodass Schüler*innen die Chance auf eine bessere Zukunft verwehrt wird und so die klassismusbasierte Einteilung erhalten bleibt. Chancenungleichheit entsteht aber nicht nur durch soziale Herkunft und die jeweiligen Möglichkeiten, sondern wird auch von Faktoren wie der Zugehörigkeit zu einer (diskriminierten) Minderheit, der psychischen Gesundheit, dem sozialen Umfeld, der

familiären Unterstützung und den eigenen kognitiven Fähigkeiten beeinflusst. All diese Ungleichheiten, über die der*die Betroffene keine Kontrolle hat, sind maßgebliche Faktoren für die Einteilung in einem bestimmten Bildungsgang und eine bestimmte Schulform. Schüler*innen sind diesem System ausgeliefert, welches, anstatt individuelle Förderungsmöglichkeiten zu suchen, die Schüler*innen sofort in eine Gruppe abstempelt und damit über ihre Zukunft entscheidet. Schlussendlich bestimmt der Bildungsgrad eines Menschen auch über dessen berufliche Möglichkeiten, während die berufliche Tätigkeit wiederum eng mit einem sozialen Status und damit auch mit der Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse verbunden ist - der Teufelskreis der klassistischen Bildungspolitik NRWs. Kurz gesagt, die soziale Herkunft der Schüler*innen bestimmt fundamental über ihre Zukunft. Sozialer Aufstieg ist die Ausnahme, was die Regel bestätigt und statistisch belegt ist.¹

Zusammenfassend lässt sich über das mehrgliedrige Schulsystem sagen, dass es durch die Separierung von Schüler*innen unterschiedlicher sozialer Hintergründe (nach der vierten Klasse) Gewinner*innen und Verlierer*innen der Bildung produziert. Diese beiden gegeneinander ausgespielten und in Konkurrenz zueinander gesetzten Gruppen begründen die Klassengesellschaft von morgen, indem sie die heutigen Klassen reproduzieren. Der Prozess, kontrolliert und überwacht durch den Staat, erfüllt einen ökonomischen Zweck: Menschen werden bestimmten ökonomischen Tätigkeiten zugeordnet, die Gesellschaft wird gespalten und das Potenzial für gemeinsamen politischen Widerstand der arbeitenden Menschen gegen diese im System verankerte Ungerechtigkeit wird unterdrückt. Aber es entsteht ein Potenzial für klassistische, rassistische und andere Formen der Diskriminierung. Dabei ist auch hier klar zu sagen, dass die Art, wie Arbeit in dieser Gesellschaft aufgeteilt ist, kein Naturgesetz ist. Eine grundsätzlich gerechtere Aufteilung von Arbeit (und Reichtum) aller Art ist möglich, sowie die Existenz einer Gesellschaft ohne soziale Klassen; wenn auch im Kapitalismus nicht vorstellbar. Gleiches gilt für eine von Grund auf gerechtere Schule, eine Schule für alle - eine inklusive Ganztags Gesamtschule (IGGS), wie die LSV sie vorschlägt.

V. Ein Rechtsruck

Der Zweite Weltkrieg gilt bis heute als der bisher verheerendste Krieg in der Geschichte der Menschheit. Manche Quellen sprechen von bis zu 60 Millionen Menschen, die in der Zeit von 1939 bis 1945 getötet wurden, die meisten von ihnen wurden brutal ermordet.

Die bürgerliche Politik behauptet, aus früheren Fehlern gelernt zu haben. Problematische Regelungen der Weimarer Verfassung wurden im Grundgesetz ausgebessert. Deutschland wurde "denazifiziert", ist ein Mitglied der UNO, der NATO und der EU, dem von bürgerlichen Parteien als Friedensprojekt gesegneten, aber vor allem ökonomisch sinnvollen Zusammenschluss einiger europäischer Staaten.

Doch trotz dieses vermeintlich weiterentwickelten "Europas der Demokratie" fassen jene Ideologien, die 1945 für alle Zeiten aus der Welt verbannt werden sollten, wieder in Europa und auch hierzulande Fuß. Seit Jahren wird die extreme Rechte, die auch nach 1945 noch in Deutschland noch existierte, lauter. Jedoch nicht nur auf der Straße.

¹ <https://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/12727.pdf> B. Jungkamp / Marie John-Ohnesorg: Soziale Herkunft und Bildungserfolg. Berlin 2016, S. 8 ff.

Denn die Herrschenden, Gerichte² und auch die bürgerlichen Parteien haben zugelassen, dass Faschismus wieder salonfähig wird und in Form von Parteien wie der NPD, aber vor allem der AfD Machtpositionen einnimmt. Dabei sollte klar sein, dass faschistische Ideologien keine schützenswerte "Meinung" darstellen, die man mit der Meinungsfreiheit rechtfertigen kann. Diese Weltanschauungen verletzen die Würde und Freiheit anderer Menschen und sind als indiskutabel zu bewerten und die Verfechter*innen dieser Ideologien sollten als Verbrecher*innen behandelt werden.

Eine demokratische Gesellschaft würde derart verbrecherische Ideologien niemals tolerieren. Denn die Demokratie zeichnet sich auch durch den Schutz von Minderheiten aus. Eine Gesellschaft, die zulässt, dass Vertreter*innen von faschistischen Ideologien in die Parlamente - die "Machtzentren" dieser Demokratie - vorgelassen werden, und die Tatsache, dass derartige Ideen in der Bevölkerung massiven Zuspruch erhalten, zeigen erneut, wie zerbrechlich die Demokratie in Deutschland tatsächlich ist. Die immer größer werdende Gefahr für Jüdinnen und Juden auf der Straße und auch die Gefährdung anderer Minderheiten durch rechte Terroristen sind die Folge dieser Missstände und auch Vertreter*innen von "bürgerlichen" Parteien geraten immer wieder ins Visier von rechten Aktivist*innen ("NSU 2.0"). Bei fast jedem neuen Anschlag wird von einer "neuen Qualität" gesprochen und behauptet, nun wolle man endlich aufklären - dabei hätte man seit Jahrzehnten massiv und mit allen Mitteln auf die mörderischen Folgen der fortbestehenden faschistischen Ideologie reagieren müssen (Stichwort Oktoberfest-Attentat 1980, Rostock-Lichtenhagen 1992, Mölln 1992, Solingen 1993, "Nationalsozialistischer Untergrund" 2000-2007, München 2016, Kassel 2019, Halle 2019, Hanau 2020, ...). Dabei ist auch nicht zu missachten, dass der Nährboden für rechte Ideologien von den bestehenden Produktionsverhältnissen erschaffen wurde und wird. In einer Gesellschaft, in der die ökonomischen Bedürfnisse mehr wiegen, als die individuelle Entfaltung eines einzelnen Menschen ist die Entwicklung von menschenfeindlichen Ideologien vorprogrammiert. Im Detail betrachtet fällt auf, dass zum Beispiel ausländische Geflüchtete, die die deutsche Sprache nicht sprechen und auch meist nicht viel Geld haben (wodurch sie im Bildungssystem benachteiligt sind) eher einen niedrigen Bildungsabschluss erreichen und einer sozialen Unterschicht zugeordnet werden, die an ihre Kinder weitergegeben wird. So sind auch in der Schule durch soziale Ungleichheit geschaffene Probleme wie Rassismus verankert.

An den genannten Beispielen ist zu erkennen: Die Entstehung und Entwicklung von rechtem Gedankengut hat auch systemische Gründe.

Am Beispiel der Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen wird aber noch mehr klar: Teile der bürgerlichen Parteien, in diesem Fall der Thüringer FDP, weisen tendenziell eine Nähe zum Faschismus auf, in jedem Fall aber eine Ablehnung gegenüber politisch linken Ideen, egal welcher Art. Der Grund dafür ist die Art der meisten linken Ideen: Sie lehnen oft Privatisierung von Produktionsmitteln ab, kämpfen für die Freiheit des Einzelnen, die Demokratisierung von Produktionsstätten und damit einhergehend eine gerechte Verteilung von Reichtum. Die linke Opposition vertritt also politische Ideen, die im Gegensatz zur bestehenden Gesellschaftsordnung und damit im Gegensatz zu den politischen Zuständen stehen, die innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung notwendig sind. Die linke Opposition ist also der Feind der bestehenden Wirtschaftsordnung, sie will die bestehenden Produktionsverhältnisse grundsätzlich verändern.

² vgl. hierzu BVerfG-Urteil vom 17. Januar 2017 2 BvB 1/13, Neue Juristische Wochenschrift 2017, 611, Rz 555, m.w.N.

Die herrschenden Politiker*innen - die in erster Linie die Interessen der Wirtschaft verteidigen - stehen damit aus systemischen Gründen gegen die linke Opposition; also immer wieder und immer weiter rechts und niemals links.

So lässt sich sagen, wie schon das Grundsatzprogramm der LSV NRW formuliert: „Die Weltgesellschaft [...] bedarf einer an ihre Wurzeln gehenden Umstrukturierung“. Denn die Möglichkeit einer grundlegenden Veränderung des Schulsystems setzt eine grundlegend andere Gesellschaft und damit auch eine andere wirtschaftliche Ordnung voraus.

2 . Schule im Sinne der LSV NRW - unsere Utopie

I. Rahmenbedingungen

Um eine grundlegend andere Schule, eine Schule nach den Vorstellungen der LSV NRW zu schaffen, braucht es zunächst die systemischen Voraussetzungen dafür. Eine Gesellschaft sollte nach Meinung der LSV NRW so gestaltet sein, dass materieller Reichtum und die in der Gesellschaft notwendige Arbeit gerecht auf die gesamte Bevölkerung der Erde aufgeteilt werden. Produktion soll gesellschaftlich organisiert von der Gesellschaft verwaltet und demokratisch kontrolliert werden. Ziel der Produktionsverhältnisse soll die größtmögliche Freiheit jedes einzelnen Menschen sein, so zu leben, wie er oder sie will. In diesem gesellschaftlichen Kontext besteht die Möglichkeit einer Schule nach den politischen Vorstellungen der LSV NRW.

II. Unser Bildungsbegriff

Nach Meinung der LSV NRW muss die Bildung vor allem den zu Bildenden dienen. Anstatt die Menschen in den Dienst der Ökonomie zu stellen, soll die Ökonomie im Dienste der Menschen stehen. Entsprechend soll Bildung nicht den Zweck verfolgen, den Menschen zu einer verwertbaren Arbeitskraft zu formen, sondern ihnen helfen, ihre Fähigkeiten zu entfalten, eigene Werte zu entdecken, sich zu entwickeln und ein selbstbestimmtes Leben in einer Gesellschaft zu führen.

Bildung soll also nicht in einem engen festen Rahmen stattfinden, der Menschen zwingt, sich auf eine bestimmte festgelegte Weise zu entwickeln, sondern muss die nötigen Strukturellen und fachlichen Möglichkeiten besitzen, um der Individualität der verschiedenen Menschen gerecht werden zu können.

Neben dieser auf die Freiheit des Individuums fixierten Ausrichtung der Bildung braucht die Bildung aber dennoch ein bestimmtes Repertoire an Kompetenzen, die zum Leben in der Gesellschaft notwendig sind.

III. Unsere Schule

Die LSV NRW fordert eine Schule für alle. Einen Ort des Lernens, aber auch einen Lebensraum, in dem alle Menschen willkommen sind, miteinander zu lernen und zu leben, ohne gegeneinander ausgespielt zu werden.

Die Hauptaufgabe der Schule muss es sein, einen Rahmen zu bilden, in dem sich Menschen unterschiedlichster Voraussetzungen - egal ob körperlich oder geistig - entfalten und entwickeln können. Damit geht einher, dass Schulen barrierefrei sein müssen, genügend Räume, finanzielle Mittel, Personal und so weiter haben müssen, darunter Lehrer*innen, Pädagog*innen, Psycholog*innen und so weiter. Dazu müssen wissenschaftlich erarbeitete und evaluierte Konzepte die Grundlage für die Arbeit einer solchen inklusiven Schule im weitesten Sinne bilden. Auch müssen alle Menschen die gleichen Chancen erhalten, sich zu entwickeln, soziale Ausgrenzung wegen

unterschiedlichen Reichtums und damit ungleichen Möglichkeiten der Bildung wegen sozialer Prägungen, wie sprachliche Probleme bei neu zugewanderten Bürger*innen, müssen in der Schule aufgefangen werden. Kein Mensch darf wegen seiner sozialen Herkunft schlechtere Voraussetzungen in seiner Bildung haben. Dafür trägt die Schule eine besondere Verantwortung, letztlich aber die gesamte Gesellschaft.

Weiter fordert die LSV NRW eine demokratische Schule, in der die Schüler*innen auch als politische Gruppe ernst genommen werden. So müssen Schüler*innen - auf allen Ebenen - in Entscheidungsprozesse eingebunden werden und den Mehrheitsverhältnissen in der Schule gerecht werdenden Einfluss erhalten. Neben einer demokratischen Organisationsstruktur von Schulen und der Bildungspolitik im Allgemeinen, müssen Schüler*innen in der Schule aber auch kritisch, z. B. im Sinne der oben beschriebenen Analyse des Kapitalismus, an politische Diskurse herangeführt werden und lernen zu erkennen, dass die bestehende Gesellschaft von Menschen erschaffen wurde und auch verändert werden kann. Schüler*innen müssen so in der Schule zur Demokratie erzogen werden, also mit Hilfe von eigenen Werten politische Entscheidungen zu treffen, die auf einem Verständnis von der Welt, in der sie leben, basieren. Sie sollen lernen, ihre und die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen zu erkennen und daraus politischen Meinungen und ggf. Forderungen zu entwickeln. Denn Schule soll nicht nur der Legitimation der vorherrschenden Ideologie dienen, sondern auch ermöglichen, diese infrage zu stellen. Im Bezug auf die Tatsache, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse abgeschafft werden müssen, um eine grundlegend menschenfreundliche Schule im Sinne der LSV NRW zu schaffen, lehnt die Landesschüler*innenvertretung NRW auch die Leistungsorientierung der bestehenden Gesellschaft ab, welche ebenfalls die aktuellen Schulen prägt. Denn die Leistungsorientierung ist nur eine weitere ökonomische Notwendigkeit, die es in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft nicht in diesem Maße und in dieser auch in der Schule so nicht geben muss und auch nicht sollte.

So lässt sich die utopische Schule der LSV NRW also als ein Lern- und Lebensraum, ein Ort der individuellen Entwicklung beschreiben, der unter demokratischer Kontrolle unter Einbeziehung der Schüler*innen im weitesten Sinne inklusiv gestaltet ist. In dieser Schule wachsen zur Demokratie erzogene Menschen jeglicher Voraussetzungen heran, die gemeinsam friedlich und nicht durch Nationalität, Reichtum oder Geschlecht gespalten, in einer fortschrittlicheren Gesellschaft leben als es heute vorstellbar ist.

3. Politische Praxis

I. Landesvorstand und LDK

Die zentralen Werte der LSV NRW sind die Freiheit des Individuums, die Gleichheit und die Demokratie.

Anhand dieser Werte treffen die LDK und der Landesvorstand politischen Entscheidungen. Der Landesvorstand, der dabei zwischen den LDKen die Geschäfte der LSV NRW führt, orientiert sich an den genannten Werten und der oben beschriebenen Analyse der Gesellschaft. So muss sich der Landesvorstand in seiner Entscheidungsfindung stets fragen, welche Position den politischen Werten, die die LDK beschlossen hat, am nächsten kommt.

Es ist die Aufgabe des Landesvorstandes, darüber zu entscheiden, wie die LSV NRW zwischen den LDKen handelt und welche konkreten Meinungen sie vertritt. Den inhaltlichen Rahmen und die grundsätzlichen Werte dafür gibt die LDK vor.

II. Unsere Vorstellungen

Die Landeschüler*innenvertretung NRW setzt sich im Geiste der Freiheit jedes Individuums gegen Diskriminierung jeder Form ein. Sie kämpft für die Emanzipation der Frau und gegen eine rassistisch strukturierte Gesellschaft. Außerdem kämpft die LSV NRW für die Rechte von queeren Menschen, die in der heutigen Gesellschaft oft Diskriminierung auf vielen verschiedenen Ebenen erfahren.

Die LSV NRW lehnt das Ausspielen von Menschen gegeneinander ab. Sie setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der Zusammenarbeit und nicht Konkurrenz das wichtigste Prinzip ist; sowohl in der Bildung als auch in der Wirtschaft.

Daher ist auch Antirassismus ein fester Bestandteil der politischen Praxis der LSV NRW. Strukturell und im Sinne der Profitlogik werden auch behinderte Menschen diskriminiert. Die LSV NRW fordert eine inklusive Schule und Gesellschaft, in der materielle Güter demokratisch kontrolliert und bedürfnisorientiert eingesetzt werden, um allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Alle Menschen müssen individuell gefördert und gemäß ihren Bedürfnissen im Geiste der Gleichheit behandelt werden, um ein inklusives Miteinander zu ermöglichen.

Die Herrschaft von wenigen über viele mittels materieller Ungleichheit muss abgeschafft werden.

Die LSV NRW unterstützt den Kampf von Umweltschützer*innen um eine lebenswerte Zukunft für alle Lebewesen der Erde. Sie sieht die Bedrohung durch den menschengemachten Treibhauseffekt und die damit verbundene Bedrohung für das Weltklima. Die LSV NRW unterstützt das Konzept der Klimagerechtigkeit und erkennt die Tatsache an, dass die ärmsten Menschen der Weltgesellschaft am stärksten unter der Klimakatastrophe leiden, während sich wenige auf die Kosten fast aller bereichern. In diesem Sinne bekennt sich die Landeschüler*innenvertretung NRW erneut zu ihren politischen Zielen und stellt klar, dass sie ihren politischen Kampf um die Freiheit des Einzelnen und der Gesellschaft im Namen der Schüler*innen NRWs weiterführen wird.

- **„Rechtsruck“**

Die LSV NRW fordert die konsequente Bekämpfung von strukturellem Rechtsextremismus und Rassismus. Dafür müssen Schulen ein Bollwerk gegen den Faschismus werden. Dies erfordert Aufklärungsarbeit im Unterricht, insbesondere fordern wir eine Stärkung des Politikunterrichts.

- **IGGS / Inklusion**

Die LSV NRW fordert eine Schule für alle - die IGGS anstelle des aktuellen mehrgliedrigen und selektiven Schulsystems. Besonders wichtig ist dabei die Forderung der inklusiven statt einer integrativen Bildung.

- **Diskriminierung**

Die LSV NRW verurteilt jegliche Form der Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Hautfarbe, Klasse, Sexualität, Geschlecht, geistigen und körperlichen Fähigkeiten etc. und kämpft gegen diese notwendige Bedingung des kapitalistischen Systems.

- **Soziale Ungleichheit**

Die LSV NRW identifiziert die soziale Ungleichheit als gewolltes Mittel der kapitalistischen Marktwirtschaft und fordert im Kampf gegen diese gleiche Möglichkeiten für alle Schüler*innen, unabhängig von Herkunft, sozialem Umfeld, etc.

Hierfür braucht es unter anderem individuelle Unterstützung durch Schulpsycholog*innen oder die Bereitstellung von Geräten ist wichtiger Faktor dabei.

- **Klimagerechtigkeit**

Die LSV NRW fordert gesellschaftsübergreifende Solidarität mit der Klimagerechtigkeitsbewegung. Wichtiger Weg dahin ist ein allgemeines Demonstrationsrecht während der Schulzeit sowie die Thematisierung der intersektionalen Klimagerechtigkeit im Unterricht.

- **Demokratie**

Die LSV NRW fordert einen Systemwechsel in Schule und Gesellschaft, der Schüler*innen ein demokratisches Mitbestimmungsrecht zugesteht. Zum einen müssen Schüler*innen in schulpolitischen Gremien die Mehrheit bilden, zum anderen in der Gesellschaft maßgeblich mitbestimmen dürfen.